Gedanken des Volkes in Waffen (soll heißen: die allgemeine Wehrpflicht) verwirklichenden Heeres ermöglichen würde, im förmlichen Widerspruch mit dem Friedensvertrag, nach dem das deutsche Heer ausschließlich zur Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb des Reichsgebiets ... bestimmt sein soll."

Wenn die deutschen Bourgeois auf eine langsame und mühselige Wiederaufrichtung eines wirklichen und selbständigen deutschen Imperialismus im Innersten hoffen und — nach des Reichswehrministers eigenen keuschen Geständnissen — im geheimsten solcher Hoffnung gemäß handelten, so wird ihnen hiermit wiederum gesagt: Laßt alle Hoffnung fahren.

Etwas anderes ist es mit der „Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb des Reichsgebiets". Möge kein einziger Arbeiter der geringsten Illusion sich hingeben. Nicht umsonst ist mit solchem Ausdruck die Möglichkeit militärischer Niederschlagung des Proletariats durch die „genehmigte" Bürgerkriegstruppe dem deutschen Bourgeois garantiert und erneut offiziell bekräftigt. Die auswärtigen Imperialisten werden keine Dummheit begehen. In Paris und London hat man im Herbst 1923, als nach Geßlers Worten „Zeitfreiwillige allerdings eingestellt und die Munitionsbestände ergänzt" wurden, nicht im entferntesten daran gedacht, irgendeine Entwaffnungsnote nach Berlin zu senden. Das sagt dem aufgeklärten Arbeiter genug. Und erst jüngst hat der bulgarische Henker Zankoff — auch ein Vertreter eines „besiegten Staates" — ohne weiteres die Genehmigung zur Verstärkung seiner Bürgerkriegsarmee erhalten, als es galt, rebellierende Arbeiter und Bauern niederzuschießen.

Die Militärnote ist da. Die Antwortnote auf den deutschen Sicherheitspakt-Vorschlag wird für die nächste Zeit angekündigt. Zwischen den Forderungen der vorliegenden Note und der künftigen Rolle der deutschen Bourgeoisie im Völkerbund — dem allgemeinen Werkzeug der weißen Raub gegen die Sowjetmacht — besteht keinerlei Widerspruch. Die Praxis wird dies unzweifelhaft zeigen. So fügt sich auch diese Kontrollnote an Hindenburg in das Spiel des antibolschewistischen Mechanismus, in dem der unterworfene deutsche Bourgeoisstaat seine Spezialfunktion hat.

Die Arbeiterklasse aber möge sich der Worte erinnern, mit denen kürzlich der Oberbefehlshaber der Roten Armee, Frunse, dem trotzigen proletarischen Verteidigungswillen der russischen Arbeiter- und Bauernmacht Ausdruck gegeben hat. Der Vergleich zwischen der bürgerlichen Staatsgewalt in Deutschland und dem Arbeiterstaat Sowjetrußland wirft ein klares Licht auf den geschichtlichen Weg, den die Arbeiterklasse gehen muß und gehen wird; im Rücken die russische Festung der Revolution, des Weltproletariats.

Die bürgerliche Presse zur Entwaffnungsnote

„Lauter Gottesgaben für Deutschland"

v. Gerlach in der „Welt am Montag":

„... Das Sündenkonto Poincarés und seiner Helfershelfer ist riesengroß.

Mit Herriot begann eine neue Aera. Paris geht fort. Die Entwaffnungsnote ist der Ausdruck der neuen Regierungsmentalität in Frankreich.

Das heißt keineswegs, sie etwa in jedem einzelnen Punkt gutheißen. Der Laie kann zu vielen ihrer militärisch-technischen Forderungen zunächst überhaupt keine Stellung einnehmen. Eins ist jedoch klar: sie ist aus anderem Geiste geboren als einst die Noten Poincarés. Sie diktiert nicht einseitig. **Sie bindet gegenseitig.**

Die Note ist ein Markstein. Sie kann, sie muß **fast** zum Wendepunkt werden — zum Besseren oder ganz Schlimmen hin.

Einigen wir uns jetzt, so wird Köln sofort geräumt. So hört die Kontrollkommission auf, deren bloße Existenz als ein Pfahl im Fleische Deutschlands empfunden wird. So eröffnet sich die Möglichkeit, das ganze Rheinland und das Saarrevier vor den im Friedensvertrag festgesetzten Endterminen geräumt zu sehen.

Und die Gegenleistung, die von uns verlangt wird?

Strikte Erfüllung der militärischen Verpflichtungen, die Deutschland im Friedensvertrag übernommen hat.

Uns scheint, die Wahl zwischen Erfüllung und Nichterfüllung dürfte keinem besonnenen Deutschen schwerfallen.

Freilich, die Auslegung der Vertragsbestimmungen kann zu tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten Anlaß geben. In solchem Fall wäre es ganz unbillig, wenn die eine Partei kraft ihrer Uebermacht einseitig ihre Auslegung der anderen aufoktroierte. Dann müßte vielmehr eine unparteiische Instanz eingreifen. **Beide Seiten sollten sich dem Urteil oder Gutachten des Internationalen Schiedshofes im Haag unterwerfen."**

Nicht Entwaffnungsnote, „Sicherheitspakt" ist besser

Der „Vorwärts" schreibt:

„Ist der Konflikt, der über die Entwaffnung und die Räumung ausgebrochen ist, ein übelster Rest der Vergangenheit, so zeigt der Plan eines Sicherheitspaktes den Weg in die Zukunft. In Frankreich hat man, wie es scheint, noch nicht erkannt, in welchem Maße die **unbedingt friedenswilligen Elemente in Deutschland gestärkt worden sind durch die erklärte Bereitwilligkeit einer deutschen Rechtsregierung, die deutschen Grenzen im Westen, so wie sie jetzt sind, für alle Zeit anzuerkennen.** Wo ist denn die Notwendigkeit eines Gegensatzes zwischen Deutschland und Frankreich, wenn es zwischen ihnen keine Grenzstreitigkeiten mehr gibt?"

„Smarte Geschäftsreisende"

Odysseus (Paul Lensch) schreibt in der „DAZ":

„Frankreich hat nun erreicht, daß Deutschland bis auf den letzten Fußlack abgerüstet hat. Die letzte große Kontrolle, die vor beinahe Jahresfrist einsetzte, hat nichts anderes feststellen können, als daß Deutschland total wehrlos und unfähig zu einem Kriege ist. In ihrer Note haben die Alliierten das natürlich zu bemänteln versucht. Aber was sie jetzt noch an Zerstörungen „kriegsgefährlicher Einrichtungen" in Deutschland verlangen, stellt die braven Offiziersstruppen der Kommission als ein Werkzeug der englischen Industrie dar, die Wert darauf legt, aus Konkurrenzrücksichten gewisse große Maschinen in Deutschland, die man in England nicht hat, zu vernichten. **Hier verwandelt sich also die Militärkontrollkommission in eine Gesellschaft von sehr smarten Geschäftsreisenden."**

Für den edlen Stinnesschreiber ist klar, daß die Note angenommen werden muß, allerdings geht das nur gegen „Kompensationen". Darum flötet Odysseus:

„Am Tage des Abzugs der französischen Einbruchstruppen aus diesen (besetzten) Gebieten, in denen sie noch nicht eine Stunde rechtlich gewesen sind, muß die deutsche Regierung ihre Rechnung vorweisen und den Anspruch auf vollen Schadenersatz anmelden. Es sind Milliardenforderungen, die Deutschland an Frankreich zu stellen hat. Wir müssen die Folgerung aus dem juristischen Standpunkt ziehen, daß diese Einbrüche in deutsches Land mitten im Frieden mit bewaffneter Soldateska flagrante Rechtsbrüche gewesen sind, und daß Frankreich sie zu sühnen hat.

Die Völkischen erwarten von Hindenburg Rettung

Das „Deutsche Tageblatt" Wulles läßt sich also vernehmen:

„Die Regierung wird zunächst einmal versuchen, auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen restlose Klarheit über einige wohl absichtlich dunkel und zweideutig gehaltene Stellen der Note zu erhalten. Daß diese im übrigen in vorliegender Fassung nicht angenommen werden kann und wird, so lange ein Hindenburg an des Reiches Spitze steht, scheint uns außer Zweifel!"

Vor dem Rücktritt Seeckts

Lossberg sein Nachfolger.

Berlin, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Von einem linksrepublikanischen Offizier wird uns geschrieben: Im Reichswehrministerium bereiten sich seltsame Dinge vor. Der Chef der Heeresleitung, General der Infanterie von Seeckt, scheint die Gelegenheit der Ueberreichung der Kontrollnote dazu benutzen zu wollen, einen Schritt zu tun, der in unterrichteten Kreisen angesichts seines aus dem Kriege herrührenden Gegensatzes zum Reichspräsidenten von Hindenburg schon seit längerer Zeit erwartet wurde. Sein Rücktritt steht für die nächsten Tage bevor.

Wie bekannt, ringen im Reichswehrministerium schon seit längerer Zeit zwei Strömungen miteinander. Die eine, weitaus wichtigere und bedeutende, kann als östlich orientiert bezeichnet werden. Zu ihr war seit längerer Zeit schon der General v. Seeckt zu rechnen. Sie erstrebte die Ausrüstung des neuen deutschen Heeres auf dem Wege über eine Allianz mit Rußland und die im Bunde mit diesem beabsichtigte Bereinnahmung Polens. Wohlgemerkt hatte man bei diesen Gedankengängen keineswegs das Rußland der Arbeiter und Bauern im Auge, sondern wollte bei einem für die nächste Zeit erwarteten grundlegenden Umsturz der Dinge die Einsetzung eines neuen Zaren abwarten.

Im schroffen Gegensatz zu dieser Strömung stand eine andere Gruppe, die sich hauptsächlich in die nähere Umgebung des Reichswehrministeriums festzusetzen verstanden hatte. Diese westlich orientierten Offiziere erwarteten das Heil von einem Zusammengehen der Reichswehr in der Koalition mit den Westmächten gegen Sowjetrußland. Einige wenige treue Anhänger Ludendorffs im Offizierkorps der Reichswehr bildeten diese Richtung im Bunde mit denjenigen Offizieren, die zwar gegen Ludendorff eingestellt waren, aber trotzdem die Westlösung bevorzugten. In den letzten Jahren hatte sich diese Gruppe besonders in einem Zirkel um die ehemalige volksparteiliche Abgeordnete Frau von Oheimb kristallisiert.

Der westlichen Orientierung wurde vor kurzem ein schwerer Schlag versetzt, als sich der erste Adjutant des Reichswehrministers Geßler, der Oberstleutnant von Ludwiger, genötigt sah, seinen Abschied zu nehmen. Von diesem Zeitpunkte ab war die Seeckt-Gruppe nahezu allmächtig.

Jetzt wird ihr, wenn Seeckt resigniert, wieder scharfe Gegnerschaft erwachsen. Seeckts voraussichtlicher Nachfolger scheint in der Person des langjährigen Offiziers der Reichswehr, des Generals der Infanterie von Lossberg, gegeben. Lossberg, in seiner jetzigen Dienststellung Gruppenkommandant in Berlin, gilt als treuester Anhänger Ludendorffs; er ist zweifellos neben Seeckt der fähigste Offizier des alten Heeres gewesen. Während des Krieges war er lange Jahre Chef des Stabes der Heeresgruppe Rupprecht — und darf deshalb als der geeignetste Verbindungsmann zwischen den feindlichen Häusern Hohenzollern und Wittelsbach gelten.

Falls seine Ernennung erfolgt, kann mit Sicherheit auf das Wiederaufleben der schon fast eingeschlafenen schwarzen Reichswehr gerechnet werden, die Lossberg eigentlich gegen den Widerstand des Herrn von Seeckt geschaffen hat.

Wir brauchen wohl nicht zu betonen, daß zwischen General von Seeckt und der übrigen Konterrevolution in Deutschland keine grundsätzlichen Differenzen bestehen. Wenn Seeckt trotzdem jetzt verdrängt wird, so beweist es, daß die monarchistische Clique die bewaffnete Macht durch ihre unmittelbaren Vertrauensleute völlig beherrschen will. Die deutsche Arbeiterklasse hat allen Anlaß zu erhöhter Wachsamkeit.

Selbstmorde bei der Reichswehr und Landespolizei

In der Dresdner Presse finden wir folgende Drahtmeldung:

München, 7. Juni. In der hiesigen Presse ist die Meldung aufgetaucht, daß sich in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag letzter Woche auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr drei Reichswehrsoldaten des Sächsischen Reichswehr-Infanterie-Regiments Nr. 10 das Leben zu nehmen versucht haben. In der Meldung heißt es weiter, der eine von den dreien habe sich mit einer Platzpatrone lebensgefährlich verletzt, der zweite habe sich mit einem Dienstgewehr erschossen und der dritte habe sich die Pulsadern aufgeschnitten. Von zuständiger Stelle erfahre ich hierzu, daß in der Tat in der vorigen Woche ein Mann des Regiments Nr. 10 Selbstmord begangen hat. Das Motiv dazu soll angeblich gewesen sein, daß er Schulden bei der Kantine nicht bezahlen konnte. Weiter hat ein anderer sächsischer Reichswehrsoldat einen Selbstmordversuch gemacht, jedoch dabei nur eine Verletzung des Trommelfells davongetragen. Von einem dritten Falle ist den zuständigen Stellen nichts bekannt. Die Untersuchung der Fälle ist noch in der Schwebe.

Die Selbstmorde der Reichswehrsoldaten haben sich besonders in der letzten Zeit gewaltig gesteigert und nehmen kein Ende. Die Ursachen, die diese Menschen in den Tod treiben, sind in der brutalen Behandlung der Reichswehrangehörigen und in der schlechten Bezahlung zu suchen. Genau wie bei der Reichswehr, so haben sich auch bei der sächsischen Landespolizei die Selbstmorde der durch die rücksichtslose Militarisierung und schlechte Behandlung überanstrengten Truppe in der letzten Zeit ganz gewaltig gesteigert. Die kommunistische Landtagsfraktion hat deshalb der sächsischen Regierung im Landtage folgende Anfrage unterbreitet:

Anfrage.

Aus Chemnitz meldet die Presse: Der Wachtmeister Hübner der Sipo brach heute morgen auf dem Kasernenhof während des Dienstes tot zusammen. Vor einiger Zeit passierte in Chemnitz ein Automobilunfall in der Sipo-Kaserne, bei dem ebenfalls ein Sipomann tödlich verunglückte.

Diese Unfälle haben bei der Landespolizei eine erhebliche Erregung der Mannschaften ausgelöst. Allgemein wird die Ansicht vertreten, daß diese Todesfälle auf die lange Dienstzeit und auf den militärischen Drill, der immer mehr gehandhabt wird, zurückzuführen sind. Die Militarisierung der Polizei, vor allen Dingen in Chemnitz, die von dem dortigen Hauptmann Gilbert mit aller Rücksichtslosigkeit betrieben wird, ist die Ursache für diese unerhörten Ereignisse. Die Polizei wächst sich unter der Leitung dieses Herrn nunmehr zu einer militärischen Truppe aus. Militärische Uebungen nehmen überhand, der Kadavergehorsam wird gezüchtet.

Ist die Regierung bereit, sofort eine gründliche Untersuchung der Vorgänge einzuleiten?

Ist sie bereit, die schuldigen Offiziere zur Verantwortung zu ziehen und aus der Polizei zu entfernen?

Ist die Regierung bereit, sofort alle Bestrebungen zur Militarisierung der Polizei einzustellen?

Dresden, den 5. Juni 1925.

Renner und Genossen.

Was sagen die „Linken" zum Krach im Stinnestonzern?

Im „Sächsischen Volksblatt" schreibt M. Sendewitz am Sonnabend einen Leitartikel über den Krach bei Hugo Stinnes. Seine Feststellungen, wie der Krach kam, interessieren uns hier wenig. Wesentlich aber ist, was Sendewitz nun den Arbeitern zu tun empfiehlt. Wir suchten — und fanden nichts. Alles, was dieser linke Radikale zu sagen weiß, ist:

„Wie die Krise des Stinnes-Konzerns ausgehen wird, steht noch dahin. Ob die jetzigen Schwierigkeiten mit dem vollkommenen Zusammenbruch oder mit einer erträglichen Sanierung enden werden, wird die nächste Zeit zeigen. Die Reinigung der deutschen Wirtschaft von den ungesunden Inflationsgründungen ist notwendig, diese Reinigungszeit muß überwunden werden, ebenso wie die Inflationszeit. Aber ebenso wie in der Inflationszeit werden auch bei der jetzigen Reinigung die arbeitslos werdenden Arbeiter und Angestellten den Hauptteil der Opfer zu tragen haben. **Das ist der Sinn, oder besser gesagt der Widersinn der kapitalistischen Weltordnung."**

Also, die Arbeiter und Angestellten tragen die Hauptopfer. Dieser Erguß eines Tränenweibes ist alles, was Sendewitz zu sagen weiß.

Was bedeutet es, wenn Sendewitz schreibt, die Reinigungszeit muß überwunden werden, wie die Inflationszeit? Nun, nicht mehr und nicht weniger, als daß Sendewitz wie die Rechten den Kapitalismus wieder aufbauen will.

Immer dort, wo es gilt, auf das Gebiet des praktischen Kampfes zu treten, passiert den Linken das Unglück, die gleiche, die Arbeiterschaft irreführende Politik zu betreiben wie die Rechten. Auch die übrigen „linken" SPD.-Zeitungen wissen den Arbeitern nichts zu sagen. Die Leipziger Volkszeitung schreibt nur: „Es wird sich bald zeigen, wieweit die Dame Stinnes in der Lage sein wird, die Schwierigkeiten zu beheben und zu meistern."

Die Arbeiter aber müssen sich entscheiden zum Kampf für die **Kontrolle der Banken, der Produktion.**

Sawinkows Leiche soll herhalten . . .

Die Dresdner Volkszeitung druckt eine gemeine Hetzmeldung des Berliner russischen Weißgardistenblattes „Dni" ab, nach der der in Moskau durch Selbstmord geendete eingekerkerte SR.-Führer Sawinkow eigentlich von der Tscheka ermordet worden sein soll. Um diese infame Lüge glaubhafter zu machen, werden auch „Einzelheiten" angegeben. Die ganze Meldung trägt den Lügenstempel an der Stirn. Jeder vernünftige Mensch weiß, daß die Sowjetregierung das größte Interesse daran gehabt hatte, daß der belehrte Sawinkow lebt.

Kommunistenhetze macht eben die „D. Volkszeitung" um jeden Preis, obgleich jetzt wieder ein solcher Schwindel aufgeflogen ist.

Hafenarbeiterstreik

Duisburg, 9. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die hiesigen Unternehmer hatten eine zehnstündige Arbeitszeit verlangt und dazu einen Lohnabbau von 18 Prozent vorgesehen und Abbau der sozialen Bestimmungen. Die gesamte Arbeiterschaft des Hafens Duisburg-Ruhrort trat am Sonnabend geschlossen in den Streik. Die Hafenarbeiter aller Rheinhäfen unterstützen den Streik in Duisburg. In den nächsten Tagen wird eine Konferenz aller Hafenarbeiter am Rhein stattfinden, um über das Vorgehen gegen die Anmaßung der Unternehmer von Duisburg-Ruhrort zu beraten. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Kampf sich noch ausdehnen, wenn nicht eine Einigung sehr bald zustande kommt, da die Hafenarbeiter im rheinisch-westfälischen Bezirk entschlossen sind, diesen Kampf siegreich durchzuführen.

Der süddeutsche Bauarbeiterstreik beendet!

Stuttgart, 9. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der württembergische Bauarbeiterstreik ist durch eine Einigung zwischen Arbeitern und Unternehmern beigelegt.

Zuspitzung der Lage in China

TU. **London** 8. Juni. (Telunion.) Nach den letzten Meldungen hat sich die Lage in Schanghai noch weiter zugespitzt. Die Befestigung der Europäerviertel wird weiter ausgebaut. **Die fremden Mächte haben weitere Marinetruppen gelandet.** Aus Hongkong wird berichtet, **daß in der Stadt Kanton das Maschinengewehrfeuer zwischen den Yuan- und den Regierungstruppen fortgesetzt wird.** Die Yuantruppen zeigen keinerlei Neigung zum Nachgeben. Die Behörden haben eine Reihe russischer Agenten festgenommen. Eine Reutermeldung aus Schanghai berichtet, daß weiter keine Ruhestörungen vorgekommen sind, und daß die Streiklage indessen unverändert sei. **Der Sympathiestreik der Studenten nimmt an Umfang zu.** Eine weitere Reutermeldung berichtet, daß **100 Marinesoldaten heute in Schanghai gelandet worden sind.** 2 japanische Kanonenboote sind flußaufwärts von Schanghai abgefahren. **4 japanische Zerstörer sind neu angekommen.**

Niederlage der Franzosen in Marokko

TU. **Paris,** 8. Juni (Telunion.) Die Berichte der Kriegsberichterstatter aus Marokko zeigen mehr als die offiziellen Kommuniques, **daß der Rückzug der französischen Truppen unter dem Druck der Riftruppen vor sich geht.** Einige Blätter üben weiter scharfe Kritik an der Kampftaktik des Marschalls Lyautheys. Journal de Debatte stellt fest, daß der Mangel an Fesselballons sich in den letzten Kämpfen stark fühlbar gemacht habe. „Paris Soir" begründet den Rückzug der französischen Truppen mit der Unmöglichkeit, den Krieg gegen einen unbeugsamen und geduldigen Gegner mit Aussicht auf Erfolg zu führen, da besonders die schwere Artillerie überhaupt nicht zur Geltung kommen könne. Der offizielle Kampfbericht aus Rabat meldet unter anderem:

Im Westen ist die Situation bei den Renon- und Gliezaonas-Stämmen unverändert. Der Westen von Oulad Allah wird vom Gegner behelligt, der einen Handstreich gegen die Stellungen von Rhiana auszuführen versuchte. Er wurde unter Verlusten zurückgeschlagen. **Bei Taunas haben sich unsere Posten zurückgezogen.** Die Bewegung wurde trotz scharfer Angriffe des Gegners mit gutem Erfolg durchgeführt. Feindliche Truppen, die uns nachsetzten, wurden von Kavallerie und unter Zurücklassung von Verwundeten und Toten in überstürzte Flucht getrieben.